



23.041

Voranschlag der Eidgenossenschaft 2024 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2025–2027

Budget de la Confédération 2024 assorti du plan intégré des tâches et des finances 2025–2027

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.12.23 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.12.23 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.23 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.23 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.12.23 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.12.23 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 14.12.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.12.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.12.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 21.12.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 21.12.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

Block 3 – Bloc 3

Sicherheit und Verkehr

Sécurité et transports

Wyss Sarah (S, BS): Es wäre jetzt gut, nochmals kurz zuzuhören und zu schauen, wie Sie die gerade beschlossenen Erhöhungen finanzieren möchten. 54 Millionen Franken für Direktzahlungen, 4 Millionen Franken für den Herdenschutz, 6,2 Millionen Franken für die Absatzförderung, 3,9 Millionen Franken für die Pflanzen- und Tierzucht: Diese zusätzlichen Zahlungen können Sie tätigen. Aber wenn Sie an Ihrer sehr restriktiven Schuldenbremse festhalten, heisst das, dass diese Mehrausgaben gegenfinanziert werden müssen. Mit meinem Minderheitsantrag II möchte ich Ihnen eine Möglichkeit zur Gegenfinanzierung darlegen, und zwar mit einer Budgetkürzung bei der Armee.

Kommen wir zu Ihrer Gegenfinanzierung, also zur Form, wie Sie Ihre Aufstockung bei der Landwirtschaft finanzieren möchten. Sie haben zwei Möglichkeiten. Die Mehrheit beantragt: beim Regionalverkehr, bei der Mobilität, beim Klimaschutz und bei der Integration von Flüchtlingen. Und wir beantragen: dort, wo es eben nicht wehtut, beim VBS, bei der Armee. Diese erhalten eine Aufstockung von 300 Millionen Franken. Wir möchten hier um 100 Millionen kürzen. Bei einem Budget von 5 Milliarden Franken, bei 5000 Millionen sind 100 Millionen vertretbar. Sie sind schon fast in der Budgetungenauigkeit; das heisst, es ist verkraftbar. Aus unserer Sicht wäre es falsch, wenn man jetzt beim Klimaschutz – ja, Herr Flach, ich höre mich selbst auch nicht. Es wäre falsch, wenn man jetzt zulasten des Klimaschutzes kürzen würde. Ich bitte Sie deshalb, hier einen Schritt auf uns zu machen und diese Erhöhung um 300 Millionen Franken zugunsten der Armee auf 200 Millionen zu reduzieren. So lautet mein Minderheitsantrag.

AB 2023 N 2254 / BO 2023 N 2254

Nun komme ich zu einem Minderheitsantrag, der mir wirklich am Herzen liegt. Es geht um den Schutz der Minderheiten. Es geht auch um die Jüdinnen und Juden in der Schweiz. Es ist ein kleiner Betrag, um den wir





hier erhöhen wollen, es geht um 2,5 Millionen Franken. Aber die Erhöhung ist wichtig, denn die Bedrohungen nehmen zu, und sie sind besorgniserregend. Die Bundesrätin hat bereits in ihrem Eingangsvotum gesagt, dass auch der Bundesrat diesen Minderheitsantrag unterstützen wird. Der Ständerat hat einen entsprechenden Einzelantrag Burkart einstimmig angenommen. Mir ist es bewusst, dass Antisemitismus und allgemein Hetze gegen Minderheiten, ob religiös oder sexuell, nicht mit Geld bekämpft werden können. Aber es braucht trotzdem diesen Schutz. Es braucht diesen Schutz, und das kostet Geld. Es ist substanziell für Institutionen und Organisationen, denn die Gesuche, die bereits eingereicht wurden – diese wurden vor dem 7. Oktober eingereicht –, übersteigen den Betrag, der momentan zur Verfügung steht. Ich bitte Sie deshalb, diesen Minderheitsantrag zu unterstützen und den Schutz unserer Bevölkerung zu gewährleisten.

Ich möchte noch zwei Worte zur Mitbeteiligung der Kantone sagen. Es wurde häufig diskutiert: Sind nicht die Kantone dafür verantwortlich? Ja, wir alle sind dafür verantwortlich, auch die Kantone und die Institutionen, und diese übernehmen auch die Verantwortung. 50 Prozent der Kosten übernehmen Organisationen und Kantone; der Bund ist subsidiär beteiligt. Es ist wichtig, dass diese Gelder gesprochen werden. Ich bitte Sie inständig, diesen Minderheitsantrag anzunehmen. Wir sind es unserer Bevölkerung, den Minderheiten hier im Lande schuldig, dass wir sie schützen, wenn wir wissen, dass sie momentan nicht genügend geschützt werden.

Weil es jetzt doch ein bisschen ruhiger ist, möchte ich noch auf den ersten Punkt zurückkommen: Sie haben vorhin ziemlich viele Erhöhungen beschlossen – ich weiss nicht, wem von Ihnen das bewusst gewesen ist. Das kann man machen. Die gesamten 2-Prozent-Querschnittskürzungen würden aber mehr oder weniger rückgängig gemacht. Damit wir die Schuldenbremse einhalten können, muss das jetzt gegenfinanziert werden. Hier appelliere ich wirklich an Sie, so etwas wie eine Opfersymmetrie zu gewährleisten. Nur die Armee musste keine Querschnittskürzung vornehmen. Sie hat ein riesiges Budget, und meine Minderheit II möchte, dass ein Teil der Mehrausgaben, die Sie gerade beschlossen haben, über das Armeebudget gegenfinanziert wird und eben nicht über den Regionalverkehr und schlussendlich über die Aushöhlung eines Fonds, der uns in die Zukunft führt.

Ich bitte Sie deshalb, meine beiden Minderheiten zu unterstützen.

Tuena Mauro (V, ZH): Bei diesem Minderheitsantrag geht es um die Substanz unseres Landes: Es geht um die Sicherheit. Sie mögen sich erinnern: Wir haben in diesem Parlament im Rahmen der beiden Motionen der SiK-N und der SiK-S eine intensive Debatte über die Armeeaussgaben geführt. Dieses Parlament – also National- und Ständerat – hat beide Motionen, die verlangen, dass die Armeeaussgaben bis ins Jahr 2030 auf mindestens 1 Prozent des BIP anzuheben sind, mehrheitlich angenommen; dies natürlich vor dem Hintergrund der Sicherheitslage, welche Sie alle kennen und welche ja durchaus auch unser Land betreffen könnte. Der Bundesrat hat dann mitgeteilt, dass er 1 Prozent einhalten wird, aber nicht bis 2030, sondern bis 2035. Das ist fatal. Hier geht es um die Sicherheit unseres Landes, um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Ich möchte Sie daher bitten, meinen Minderheitsantrag – er lautet übrigens, Frau Finanzministerin, "gemäss Ständerat" – zu unterstützen.

Ich habe explizit – und es ist mir ganz wichtig, dass Sie das wissen – keinen Antrag gestellt, welcher die Schuldenbremse aushebeln würde. Dies anzufechten wäre in der Schweiz zwar nicht möglich gewesen, weil wir keine Verfassungsgerichtsbarkeit haben, wir hätten aber sicherlich intensive Diskussionen gehabt, und das wollte ich nicht. Deshalb betrifft mein Minderheitsantrag das ordentliche Budget: Im Finanzplanjahr 2025 gäbe es eine Erhöhung um 243 Millionen Franken, im Finanzplanjahr 2026 wären es 539 Millionen Franken, und im Finanzplanjahr 2027 wären es dann 736 Millionen Franken zusätzlich; Sie haben die detaillierten Zahlen in Ihren Unterlagen. Nun sagen Sie sich zu Recht: "Aber, Herr Tuena, irgendwo müssen diese Mehrausgaben eingespart werden." Ja, das müssen sie, weil die Schuldenbremse nicht ausgehebelt werden darf und ich sie auch nicht aushebeln will.

Ich habe in der Botschaft zum Budget geblättert, und ich muss Ihnen sagen, da ist Luft drin, Frau Finanzministerin – natürlich. Für die Entwicklungshilfe zum Beispiel sind enorme Beträge eingestellt. Hier sind zugunsten der Sicherheit gut Einsparungen möglich. Genau gleich sieht es bei der Kultur aus. Die Kulturausgaben sind aus meiner Sicht ein Fass ohne Boden. Auch im Bildungsbereich hat es sicherlich Luft. Ich habe nicht gesagt, man müsse diese Budgets auf null setzen – bitte hören Sie mir genau zu! Aber es hat entsprechend Luft drin, weshalb wir diese drei Beträge in den entsprechenden Budgets 2025, 2026 und 2027 einsparen können.

Ich möchte Sie wirklich bitten, zugunsten der Sicherheit unseres Landes dafür zu sorgen, dass wir dann auch entsprechend parat sind, wenn unser Land sich verteidigen muss – nicht, dass wir es verschlafen, wenn plötzlich der Fall eintritt, den wir alle nicht wollen.

Bitte unterstützen Sie diesen Minderheitsantrag.



Andrey Gerhard (G, FR): IT-Projekte in der Armee haben immer wieder einen schweren Stand, und es ist schwierig, sie erfolgreich ins Ziel zu bringen, sei dies zeitlich, preislich oder in der Ausgestaltung. Mit aktuellen Programmen wie Fitania, ERP Systeme V/ar oder dem Breitband-Sicherheitskommunikationssystem sowie weiteren Projekten haben die aktuellen IKT-Ausgaben der Armee ein beeindruckendes Volumen von 4 Milliarden Franken erreicht. Ein wesentlicher Anteil der Rüstungsausgaben geht also in Digitalisierungsprojekte, sei dies in der Kommunikation, in der Logistik oder bei anderen betrieblichen Prozessen.

Die Eidgenössische Finanzkontrolle hält in ihren Berichten fest, dass die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen IKT-Projekten in der Armee nicht wie gewünscht funktionierten, dies unter anderem deshalb, weil ein Portfolio-Controlling fehle. Das muss man sich vorstellen: Trotz diesen Dimensionen wird das Ganze nicht als Gesamtportfolio gemanagt. Es wird deshalb davon ausgegangen, dass dies in den Projekten zu Doppelspurigkeiten und zu genereller Ineffizienz führe. Einzelne Projekte geraten auch immer wieder in Schwierigkeiten: Beim SAP-Projekt ERP Systeme V/ar zum Beispiel, für welches wir hier im Rat vor drei Jahren einen Verpflichtungskredit über 240 Millionen Franken gesprochen hatten, wird kritisiert, dass das Budget zwar eingehalten, die Funktionalität aber bei Weitem nicht im geplanten Umfang geliefert wurde. Als Folge davon wird das VBS dem Parlament in naher Zukunft ein neues Vorhaben mit Kosten in derzeit unbekannter Höhe vorlegen müssen. Laut Eidgenössischer Finanzkontrolle sind auch bei anderen IT-Vorhaben der Armee Schwierigkeiten absehbar.

Von den Querschnittkürzungen, welche das Parlament beschlossen hat, ist die Armee nicht betroffen. Allerdings befreit sie dieser Umstand nicht von einem effizienten Umgang mit den ihr zur Verfügung gestellten Mitteln.

La réduction demandée avec ma minorité, dans le budget 2024, pour ces projets numériques, doit inciter à enfin réaliser des optimisations de processus urgents et à mettre en place un contrôle efficace du portefeuille des projets. Des économies d'au moins 2 pour cent, comme l'exigent les réductions transversales, devraient être relativement faciles à réaliser dans les conditions actuelles; grâce à une gestion de projets professionnelle, cela devrait être possible. D'ailleurs, 2 pour cent d'un volume de 4 milliards de francs constituent la base de la réduction proposée de 80 millions de francs, comme vous pouvez le constater sur le dépliant. Ce montant donnerait au budget 2024 la marge de manœuvre nécessaire pour éviter le blocage des crédits.

Je vous prie de soutenir cette proposition de minorité.

Trede Aline (G, BE): Wir haben im letzten Block doch einige Erhöhungen in der Mehrheit angenommen. Im allerersten Block gab es eine Kürzung beim BAFU. Ich möchte, dass Sie

AB 2023 N 2255 / BO 2023 N 2255

wissen, wie der Stand der Dinge ist. Jetzt geht es hier um das Budget im VBS. Wir haben bereits sehr viel darüber gehört, wie wichtig dies für unsere Sicherheit ist. Ich möchte Ihnen, da viele Neue im Rat sind, einen Rückblick geben.

Wir haben in diesem Rat eine Erhöhung des Armeebudgets angenommen; das ist so. Es war eine emotionale Diskussion, eine emotionale Abstimmung, die bald nach dem Start des Angriffskrieges von Russland gegen die Ukraine stattfand. Wir wollten hier etwas tun. Die Mehrheit des Parlamentes hat gefunden, dass eine Budgeterhöhung helfen würde. Das hilft vielleicht auch, der Bevölkerung das Gefühl zu geben, dass wir hier Verantwortung übernehmen. Wir haben heute auch bereits mehrfach gehört, dass früher in der Armee sehr viel gespart wurde, dass sie zu schlecht ausgerüstet ist, dass wir schlecht aufgestellt sind. Ich möchte Sie an verschiedene Aussagen und Fakten aus der näheren Vergangenheit erinnern.

Erstens waren in diesem Saal immer die Armeebefürworterinnen und -befürworter in der Mehrheit – immer. Zweitens war die finanzielle Lage der Armee immer gut. Sie hat jahrelang Kreditreste in Milliardenhöhe mitgezogen. Heute gibt es keine so hohen Kreditreste mehr, das ist klar, aber es gab nie ein Problem der Finanzen. Drittens wurde die Aussage des früheren Vorstehers VBS, die Schweiz habe die beste Armee der Welt, gemacht, als die Armee kleiner und mit einem kleineren Budget ausgestattet war. Auch damals gab es eine Mehrheit an Armeebefürworterinnen und -befürwortern in diesem Saal. Viertens ist die Armee von den Querschnittkürzungen ausgenommen – warum auch immer. Das haben wir vorhin auch von meiner Kollegin Wyss aus der SP-Fraktion gehört. Fünftens ist es unklar, ob die Beschaffungen, die wir jetzt planen, wirklich getätigt werden können. Im Moment rüsten alle auf, alle wollen mehr, alle wollen das Gleiche. Da ist es nicht ganz so klar, ob diese Beschaffungen wirklich getätigt werden können oder nicht. Deshalb sollten wir nicht so viel Geld, das dann vielleicht nicht ausgegeben werden kann, einfach mal als Reserve ins Budget packen.

Es liegen hier verschiedene Minderheitsanträge vor. Sie haben eine Wahl. Sie haben die Möglichkeit, mitzuhelfen, jetzt das Budget ins Lot zu bringen. Ihnen liegt der Antrag meiner Minderheit vor, die keine Erhöhung



des Armeebudgets möchte. Das würde eine Einsparung von 300 Millionen Franken bedeuten. Sie haben den Antrag der Minderheit Wyss. Diese möchte 100 Millionen einsparen und um nur 200 Millionen Franken erhöhen. Sie haben die Minderheit Andrey, die um 80 Millionen Franken geringere Ausgaben fordert. Bei ihr ist es ganz klar an die IT-Projekte gebunden; Sie haben die Argumentation gehört. Es ist handelbar und unter dem Strich effizienter, wenn wir diesen Antrag annehmen. Es geht um die Dimension von 5 Milliarden, das sind 5000 Millionen Franken. Wir sprechen hier von einer Reduktion der Mehrausgaben um 300 Millionen Franken. Das ist wirklich ein sehr kleiner Beitrag, und wir wissen nicht einmal, ob wir das Geld ausgeben können.

Seien Sie bitte auch mit der Bevölkerung ehrlich. Denn eine Erhöhung des Armeebudgets heisst nicht per se eine sicherere Schweiz; das müssen Sie ehrlich sagen. Es wird die Gunst der Stunde genutzt, um diese Aufrüstung – ich finde sie nicht gut geplant – vorzunehmen.

Ich bitte Sie, dazu beizutragen, dass auch die Armee ihren Teil zum Ins-Lot-Bringen des Bundeshaushaltes mitträgt. Sie haben eine Auswahl, die von höheren bis zu sogar viel höheren Ausgaben reicht – für deren Begründung ist Herr Tuena zuständig.

Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag meiner Minderheit zuzustimmen oder zumindest den Minderheitsantrag Wyss oder den Minderheitsantrag Andrey anzunehmen.

Tuena Mauro (V, ZH): Frau Kollegin Trede, ich bin entsetzt. Wie kommen Sie dazu, in diesem Saal zu sagen, wir wollten der Bevölkerung mit dem Einreichen der Motionen einfach ein gutes Gefühl geben? Diese Motionen waren sehr gut überlegt, und wir haben lange daran gearbeitet. Das hat nichts mit irgendwelchen Gefühlen zu tun. *(Zwischenruf des Präsidenten: Ihre Frage – ah, Sie haben gar keine Frage.)*

Trede Aline (G, BE): Es war ja keine Frage. Wie war Ihre Frage? Wie ich dazu gekommen bin? – So! *(Teilweise Heiterkeit)*

Strupler Manuel (V, TG): Mit meiner Minderheit möchte ich eine Halbierung der Position 601.A290.0146, "Einmaliger Kapitalzuschuss SBB", von 1,15 Milliarden Franken auf 576,2 Millionen Franken erwirken. Dieser Kapitalzuschuss wird mit der Corona-Pandemie begründet. Das gilt aber nur bedingt, denn die Nettoverschuldung der SBB von heute über 10 Milliarden Franken ist hauptsächlich auf strukturell bedingte Massnahmen zurückzuführen. Bis zu einer Nettoverschuldung von 11,7 Milliarden Franken wird der Bund den SBB weiterhin Tresoreriedarlehen gewähren. Diese unterliegen zwar nicht der Schuldenbremse, im Grunde sind sie aber, wie wir alle wissen, nur sehr schwer rückzahlbar.

Die SVP-Fraktion fordert eine Abkehr von dieser frivolen Finanzierungspolitik. Wir würden es begrüssen, wenn die Eidgenössische Finanzverwaltung genau prüfen würde, ob diese Tresoreriedarlehen überhaupt noch als rückzahlbar gelten. Die Schuldenlast mit einem A-Fonds-perdu-Beitrag von 1,15 Milliarden Franken zu senken, ist der falsche, vor allem aber kein nachhaltiger Ansatz. Löcher bei den SBB mit Steuergeldern zu stopfen, ist falsch. Allein die Zinskosten auf den 1,15 Milliarden Franken würden die angespannten Bundesfinanzen nur zusätzlich belasten. Es sollte möglich sein, die Kosten über den Betrieb zu bezahlen.

Es ist ein erster richtiger Schritt, dass die Billettpreise endlich etwas angepasst wurden, auch wenn der Preisüberwacher die Erhöhung unverständlicherweise kritisiert hat. Seit der letzten Anpassung hatten wir doch rund 7 Prozent Teuerung, mit der jetzigen Anpassung wird aber nur etwa die Hälfte wettgemacht. Den Rest einfach mit Steuergeldern und nicht aus den Gewinnen direkt zu bezahlen, ist keine langfristige Strategie. Denn auch wenn es sich bei den SBB um einen Bundesbetrieb handelt oder, besser gesagt, um einen in unserem Eigentum stehenden Bundesbetrieb, ist es nicht richtig, ja sogar absolut falsch, diese Finanzlöcher einfach mit Steuergeldern zu stopfen, anstatt die Ursachen zu beheben.

Aus diesem Grund bitte ich Sie, meine Minderheit zu unterstützen. Damit gefährden Sie die SBB nicht, sondern erhalten den Druck auf sie aufrecht. So arbeiten die SBB auch künftig an ihrer Wirtschaftlichkeit und nehmen die finanzpolitisch begründeten strukturellen Anpassungen vor, die sie in eine gute Zukunft führen, anstatt dass sie, sobald es nicht mehr aufgeht, einfach die hohle Hand bei den Steuerzahlern machen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Götte Michael (V, SG): Wir sind unterdessen bei Block 3 angelangt und müssen leider feststellen, dass der Sparwille noch nicht so gross ist, wie er eigentlich sein müsste. Wir haben jetzt noch nicht häufig zwischen "nice to have" und "must have" unterschieden. In diesem Block geht es um zwei Kernanliegen unseres Landes: den Verkehr und die Sicherheit.

Gerade die Sicherheit ist für die SVP ein zentrales Anliegen. Dieses Thema dürfen wir nicht mehr dem Zufall überlassen und müssen die entsprechenden Mittel sprechen, wie dies schon in meinem einleitenden Votum erwähnt wurde; dies vor allem auch aus dem Grund, dass wir hier den Sparhebel in der Vergangenheit am



falschen Ort und zur falschen Zeit angesetzt haben. Die Minderheitsanträge II (Wyss) und III (Trede) sind demzufolge abzulehnen, weil sie im Widerspruch zur Sicherheit stehen.

Den Minderheitsantrag I (Andrey) haben wir in der Finanzkommission intensiv besprochen, und wir haben Verständnis für das Anliegen, im IT-Bereich – wenn es das VBS betrifft – Kürzungen vorzunehmen, im Wissen darum, dass wir hier auch im Bereich der Sicherheit die Schraube anziehen. Die Kürzung ist aber sehr hoch, und sie kam überhastet. Sie wäre unseriös, und wir haben aufgrund des heutigen Informationsstands Respekt davor, noch höhere Folgekosten auszulösen. Wir werden zusammen mit der Minderheit prüfen, ob es vernünftige und nachhaltige Lösungen gibt, um dieser Sparmassnahme – allenfalls über einen Vorstoss – gerecht zu werden.

AB 2023 N 2256 / BO 2023 N 2256

Die Minderheit Tuena ist klar zu unterstützen. Nur so können wir die Sicherheit gewährleisten und die Fehler aus der Vergangenheit korrigieren, ohne dabei die Schuldenbremse lösen zu müssen.

Der Minderheitsantrag Strupler dreht sich um die Reduktion der Einmaleinlage als Kapitalzuschuss an die SBB. Er wurde klar begründet und ist gemäss der SVP-Fraktion zu unterstützen.

Ich komme zur Minderheit Nicolet. Auch diese betrifft den öffentlichen Verkehr. Wir alle hätten gerne ein flächendeckendes ÖV-Netz, das 24 Stunden pro Tag, sieben Tage die Woche und an 365 Tagen pro Jahr bereitsteht und in allen Tälern und auf allen Hügeln unseres schönen Landes funktioniert. Dies können wir leider nicht finanzieren. Ich habe den Antrag auch mit dem ÖV-Verantwortlichen des Kantons St. Gallen besprochen. Ja, auch er hätte diese Mittel gerne, aber er hat Verständnis für die Kürzung und ist überzeugt, dass wir dennoch ein vernünftiges ÖV-Angebot anbieten können.

Ich bitte Sie somit, die Minderheitsanträge der SVP-Fraktion zu unterstützen und die anderen abzulehnen.

Schilliger Peter (RL, LU): Vor dem Mittag haben Sie noch zwei Voten zugut, meines und dann das von Kollege Ritter.

Die FDP-Liberale Fraktion wird in diesem Block 3 immer der Mehrheit folgen, dies aber mit einer Ausnahme, bei welcher wir unsere Haltung korrigiert haben. Ich beginne gleich mit dieser.

Kollegin Wyss hat einen Zusatzkredit von 2,5 Millionen Franken für das Bundesamt für Polizei eingefordert. Sie hat richtigerweise erwähnt, dass unser Ständerat Thierry Burkart einen entsprechenden Einzelantrag im Ständerat eingereicht hat. Dort wurde dieser Antrag dann angenommen. Wir hatten uns in der Kommissionsberatung auf die Begründung gestützt, dass das Sache der Kantone sei. Wir hatten nicht den Bedarf ausser Acht gelassen, aber diese Disposition bzw. Finanzverfügbarkeit anders gesehen. In Anbetracht der Diskussion im Ständerat und auch der weiteren Informationen, die wir erhalten haben, können wir unterdessen den Minderheitsantrag Wyss zu dieser Position unterstützen.

Ich komme zu den Armeeaussgaben. Hier gibt es einerseits Kürzungsanträge und andererseits den Minderheitsantrag Tuena seitens der SVP-Fraktion betreffend den Finanzplan, der eine Anpassung vornehmen möchte.

Die Forderung vonseiten der SVP-Fraktion, hier im Finanzplan beim Armeebudget eine Anpassung vorzunehmen, ist im Grundsatz kongruent mit der angenommenen Motion 22.3367. Nur haben wir bei dieser eine längere Sicht vor uns, diese ist auch längerfristig ausgerichtet. Wir decken im Finanzplan die Jahre 2025 bis 2027 ab, und danach kommen die Jahre 2028 bis 2030. Hier, für das aktuelle Budget 2024, konnten wir die Armee und sämtliche Ausgaben in diesem Bereich vor einer Kürzung bewahren. Die Armee bekommt sogar mehr Geld. Ab dem Jahre 2025 bis 2027 sind im Finanzplan jährliche Anstiege zwischen 250 und 386 Millionen Franken vorgesehen. Dass dies eine Differenz zum linearen Anstieg der Ausgaben schafft, wie es interpretiert wird, ist korrekt. Aber ich glaube, wenn man im Moment in Anbetracht der Finanzplanlage, die vorliegt, hier die Zusatzforderung stellt, dass die Militärausgaben bis ins Jahr 2030 linear in dieser Grösse ansteigen, fordert man aus Sicht unserer Partei etwas ein, das nicht machbar ist. Ich habe bereits im Eintretensvotum zur heutigen Debatte darauf hingewiesen, dass wir in den kommenden zwei bis drei Jahren sehr, sehr enge Budgets haben, die wir nicht in die Schuldenfalle fallen lassen dürfen. Aus dieser Gesamtbetrachtung wird sich die FDP-Liberale Fraktion grossmehrheitlich dem Entwurf des Bundesrates anschliessen.

Wir verstehen die Kürzungsanträge in diesem Bereich nicht. Diese Forderung besteht; die Armee hat nicht alles bekommen, was sie eigentlich gemäss Motion zugut hätte. Aus dieser Gesamtopik lehnen wir die vorliegenden Kürzungsanträge ab.

Zum Bundesamt für Verkehr, erstens zur Einlage in den Bahninfrastrukturfonds (BIF), zweitens zum regionalen Personenverkehr: Beide Beträge liegen im Bereich von 50, 55 Millionen Franken. Wenn wir die Fondseinlage nicht machen, dann betrügen wir uns selber, indem wir diesen Topf, den BIF, zu wenig alimentieren. Die Bau-



projekte sind vorhanden. Ich kann mich an die Diskussionen von vor zwei Jahren erinnern, als wir zusätzliche Mittel in diesen Topf geben mussten, ohne dass die Liquidität dies eigentlich erfordert hätte; man sagte, es müssten in der Westschweiz, in Lausanne und auch sonst überall, Bauprojekte umgesetzt werden. Wenn man nun versucht, über eine reduzierte Fondseinlage zu sparen, ist dies einfach falsch. Es ist ein "Buebetrickli", mehr nicht. Zahlen werden wir es dann nächstes oder übernächstes Jahr. Es ist eine aufgeschobene Schuld. Zum Beitrag an den Regionalverkehr: Hier sind wir der Meinung, dass das kleinere Budget ausreichen muss. Wenn Kantone hier in die Pflicht genommen werden, ist dies richtig. Die Kantone haben sehr gute Abschlüsse, die Kantone verfügen über Reserven und können die allenfalls fehlenden Mittel, die der Regionalverkehr braucht, zusätzlich reingeben.

In diesem Sinne bitten wir Sie, sich der Mehrheit der Kommission anzuschliessen.

Ritter Markus (M-E, SG): In Block 3 wird die Mitte-Fraktion beim Bundesamt für Polizei – Position A231.0151, "Übrige Abgeltungen an Kantone und nationale Organisationen" – der Minderheit folgen, nachdem der Ständerat in dieser Frage am vergangenen Dienstag einem Einzelantrag Burkart mit wenigen Enthaltungen gefolgt ist. In seinen Ausführungen im Ständerat hat der Bundesrat dieser Anpassung des Budgets gegenüber seinem Entwurf ebenfalls zugestimmt. Damit soll dem höheren Schutzbedürfnis insbesondere von Synagogen Rechnung getragen werden.

Beim VBS wird die Mitte-Fraktion mit der Mehrheit stimmen. Die Minderheit will für die Finanzplanjahre 2025–2027 das Budget für die Armeeausgaben gegenüber dem Entwurf des Bundesrates um – hören Sie zu! – 243 Millionen Franken, 539 Millionen Franken und 736 Millionen Franken erhöhen. Eine solche Erhöhung würde den finanzpolitischen Handlungsspielraum des Parlamentes für die kommenden Jahre nochmals stark einschränken. Das Ziel der Einhaltung der Schuldenbremse würde in immer weitere Ferne rücken. Die Mitte-Fraktion wird daher hier der Mehrheit folgen.

Bei der Position A236.0110, "Einlage Bahninfrastrukturfonds", liegt eine Minderheit Nicolet vor, die die Einlage in den BIF für 2024 um 50 Millionen Franken von 5,945 Milliarden Franken auf 5,895 Milliarden Franken reduzieren will. Die Mitte-Fraktion wird bei dieser Position der Mehrheit folgen. Sollten wir die Schuldenbremse am Ende der Budgetberatung aber nicht einhalten können, werden wir uns erlauben, zu dieser Position einen Rückkommensantrag zu stellen. Für die Mitte-Fraktion ist es unabdingbar, dass wir ein schuldenbremsenkonformes Budget verabschieden können.

Bei der Position A231.0290, "Regionaler Personenverkehr", wird die Mitte-Fraktion der Mehrheit folgen. Die Minderheit will eine Aufstockung um nicht weniger als 55 Millionen Franken. Mit einer solch massiven Aufstockung würde das Budget 2024 ausser Rand und Band geraten und könnte nur noch mit massiven Eingriffen an anderen Orten schuldenbremsenkonform verabschiedet werden. Deshalb wird die Mitte-Fraktion auch bei dieser Position dem Bundesrat und der Mehrheit der Finanzkommission folgen.

Friedl Claudia (S, SG): Das Thema Sicherheit ist seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine stärker ins Zentrum gerückt. Leider ist diese Sichtweise eng begrenzt auf die militärische Sicherheit. Herr Tuena hat uns das eindrücklich geschildert. Sicherheit bedeutet aber deutlich mehr. Wirtschaftliche Sicherheit, zuverlässige staatliche und demokratische Strukturen, Ernährungssicherheit, Bildung und Gesundheit sowie menschenwürdige Arbeitsplätze sind wichtige Faktoren, die zu einem sicheren und friedlichen Leben beitragen. Das sind alles Bereiche, in denen man heute bereit ist, Abstriche zu machen.

Die Ereignisse im Nahen Osten haben etwas aufgezeigt, von dem wir dachten, dass es in unserer Gesellschaft verschwunden sei: den Antisemitismus. Um der davon ausgehenden Gefahr entgegenzuwirken, ist ein stärkerer Schutz religiöser

AB 2023 N 2257 / BO 2023 N 2257

Minderheiten angezeigt. Leider wurde ein diesbezüglicher Antrag Wyss abgelehnt, der dem Fedpol für die Abgeltung an Kantone und nationale Organisationen 2,5 Millionen Franken mehr zur Verfügung stellen wollte, insbesondere zum Schutz von Synagogen. Das können Sie jetzt aber im Plenum noch korrigieren.

Wir wissen, dass das Budget 2024 sehr eng formuliert wird, damit es schuldenbremsenkonform ist. Schuld an dieser Enge ist das überproportionale Wachstum beim Armeebudget. Nächstes Jahr sind es 300 Millionen Franken zusätzlich, die dann an einem anderen Ort fehlen; wir haben das heute Morgen ausführlich diskutiert. Damit es etwas mehr Spielraum gibt, unterstützt die SP-Fraktion eine Verlangsamung beim Wachstum der Rüstungsausgaben. Für uns ist das die vernünftigste Massnahme, damit wir für wichtige Aufgaben die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen können. Deshalb unterstützen wir den Antrag der Minderheit III (Trede), alternativ aber auch jene der Minderheiten II (Wyss) und I (Andrey), mit denen 300 bzw. 100 oder 80



Millionen Franken im Armeebudget freigemacht würden. Den gegenteiligen Antrag der Minderheit Tuena, das Armeebudget im Finanzplan noch rascher anwachsen zu lassen, lehnen wir klar als unverantwortlich ab. Dieser Block, den wir heute hier behandeln, enthält neben dem Thema Sicherheit auch das Thema Verkehr. Die SP setzt sich dabei immer für die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene und für den ÖV ein. Unsere Wirtschaft ist auf eine gute Infrastruktur angewiesen. Auch für den Klimaschutz braucht es eine raschere Gangart beim Umstieg auf klimafreundliche Verkehrsmittel. Zusätzliche Kürzungen kommen deshalb hier nicht infrage. Daher lehnen wir den Minderheitsantrag Strupler ab, der eine Halbierung beim einmaligen Kapitalzuschuss an die SBB vornehmen will.

Auch den Minderheitsantrag Nicolet lehnen wir ab, der die Einlage in den Bahninfrastrukturfonds um 50 Millionen Franken kürzen möchte.

Hingegen unterstützen wir eine Erhöhung beim regionalen Personenverkehr und damit den Minderheitsantrag Wyss, der eine Erhöhung von 55 Millionen Franken verlangt, damit die Bewohnerinnen und Bewohner aller Regionen von einer positiven Entwicklung des ÖV profitieren können.

Flach Beat (GL, AG): Ich spreche für die grünliberale Fraktion zum dritten Block. Hier haben wir neben Fragen zur Sicherheit bzw. vor allem Militärausgaben auch Fragen zum Verkehr.

Die erste Minderheit Wyss unterstützen wir. Es geht dabei nur um eine Unterstützung über 2,5 Millionen Franken, insbesondere für den Schutz von Synagogen. Eigentlich ist es ja fast schon traurig, dass wir hier über diese 2,5 Millionen Franken sprechen müssen. Das Schlimme ist, dass heute Antisemitismus in einer Art und Weise in unserem Land Verbreitung findet, wie ich es persönlich nicht mehr für möglich gehalten hätte. Das Schlimme ist, dass wir wieder an einem Punkt angelangt sind, wo sich nationalsozialistisches Gedankengut ausbreitet und sich jüdische Menschen in der Schweiz fürchten müssen. Das können wir mit diesen Schutzmassnahmen nicht beheben, sondern wir müssen wahrscheinlich grundsätzlich tiefer und breiter darüber diskutieren.

Bei den Armeeaussparungen unterstützen wir die Minderheit Andrey, die eine Kürzung von 80 Millionen Franken, fein auf ein IT-Projekt ausgerichtet, im Auge hat. Die generellen Kürzungen lehnen wir hingegen ab, genauso wie die massive Ausweitung des Militärbudgets gemäss dem Minderheitsantrag Tuena, der am Ende ab 2030 1 Prozent des BIP alleine für die Armee veranschlagen will. Seine Erklärung, um das zu finanzieren, was gar nicht möglich ist, lautet, dass er das Geld an anderen Orten, z. B. bei der Unterstützung im Ausland, bei der Entwicklungshilfe, einsparen will.

Da muss ich einfach sagen: Erweitern Sie den Horizont etwas. Sie stossen dann auch auf Sicherheitsfragen: Der Klimawandel ist eines der grössten Sicherheitsprobleme, die auf die Schweiz, auf Europa zukommen. Mit der Migration haben wir Probleme, geschehe sie aus Umweltgründen, aus wirtschaftlichen Gründen, aufgrund des Niedergangs von Demokratien, aufgrund von Kriegen usw. Das sind alles Gründe, die dafür sorgen, dass Europa heute weniger sicher ist. Aber nur mit der Armee können wir das nicht lösen. Sie würden am einen Ende quasi den Zaun hochziehen und am anderen alles aufmachen. Dann haben Sie keine tatsächliche Wirkung, denn wenn Sie den Zaun dann brauchen, ist es zu spät.

Wir unterstützen hier deshalb den Bundesrat. Nach wie vor stehen wir auch für eine lineare Erhöhung der Militärausgaben in diesem Punkt ein. Aber ein Abbremsen macht durchaus Sinne. Wir können die Sicherheit auf jeden Fall gewährleisten, wir haben eine sehr gute Armee, das möchte ich hier noch einmal festhalten.

Beim Kapitalzuschuss an die SBB bleiben wir bei der Mehrheit. Es gibt keinen Grund, bei dieser Position willkürlich zu kürzen. Sie hätten dann auch das andere Problem; Sie müssten dann wahrscheinlich beim Strassenausbau wieder vorwärtskommen. Sie machen hier also quasi eine Tapetenpolitik: Sie versuchen, die eine Blase wegzudrücken, und machen dann irgendwo eine andere, doppelt so grosse und doppelt so dicke, und das wahrscheinlich auch am falschen Ort.

Ebenso sehen wir bei der Einlage in den Bahninfrastrukturfonds im Moment keine Notwendigkeit für eine Kürzung.

Beim regionalen Personenverkehr dahingegen unterstützen wir die Minderheit Wyss, wohl wissend, dass es um 55 Millionen Franken geht. Aber dieses Geld ist am richtigen Ort investiert.

Noch eine Bemerkung zu Herrn Ritter, der gesagt hat, dass er allenfalls hier beim Verkehr ein Rückkommen beantragen würde, wenn wir am Ende in Bezug auf die Schuldenbremse nicht im Lot wären: Im Moment sieht es ein bisschen so aus, als ob es in diese Richtung gehen würde. Dazu muss ich Folgendes sagen: In der Landwirtschaft überall aufzustocken, inklusive Subventionierung des Absatzes von Wein usw., dann aber bei der Bahninfrastruktur oder bei der Verkehrsinfrastruktur zu sparen, ist, glaube ich, nicht der richtige Weg, um eine einvernehmliche Lösung zu finden, die für das ganze Land gut ist.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2023 • Vierte Sitzung • 07.12.23 • 08h00 • 23.041
Conseil national • Session d'hiver 2023 • Quatrième séance • 07.12.23 • 08h00 • 23.041



Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr
La séance est levée à 12 h 55

AB 2023 N 2258 / BO 2023 N 2258

